

Sächsische Zeitung

1910. Nr. 564. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 203.

Redaktionsstelle in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telefon 155; Redaktions-Telephon 1272.
Verantwortl. Dr. Walter Besenfelder in Halle a. S.

Zweite Ausgabe
Freitag, 2. Dezember 1910.

Redaktionsstelle in Berlin: Bernauerstraße 30.
Telephon Cts VI Nr. 16 290.
Druck und Verlag von Otto Zlotze in Halle a. S.

Deutsches Reich.

* **Gefandter Graf von Goeke** v. Der preussische Gefandter in Hamburg, Graf von Goeke, ist am Donnerstag abends gegen 7 Uhr in Hamburg in der Klinik der Frau Dr. Stodmann gestorben.

* **Generaloberst Eder** v. d. Planitz. Generaloberst v. d. Planitz, der frühere Generalinspekteur der Kavallerie, ist, wie schon kurz gemeldet wurde, im Alter von 74 Jahren zu Potsdam verstorben. Eine Herzlähmung, die im Verlaufe einer Lungenentzündung eintrat, hat dem Leben des verdienten Generals ein Ende gemacht. Mit dem Verstorbenen, der der Armee mehr als ein halbes Jahrhundert angehört hat, ist ein Mann dahingegangen, der um die Stellung unserer Wehrmacht in der letzten Epoche verdient gemacht hat. Generaloberst v. d. Planitz entstammte einem thüringisch-sächsischen Geschlecht und kam am 4. Juni 1836 zu Altenburg geboren. Nach Besuch des Kadettenkorps trat er am 1. Mai 1855 in das damalige brandenburgische Dragoner-Regiment Nr. 2 ein, belandete von 1858 bis 1861 die Brigadekommande und wurde, nachdem er zuvor Regimentssubstitut gewesen und zum Oberleutnant befördert war, im Jahre 1866 Eskadronchef im 2. Brandenburgischen Dragoner-Regiment Nr. 12. 1869 in den Generalstab versetzt, wurde er im Deutsch-französischen Kriege zunächst dem Generalstab des Generalgouvernements am Rhein zugewiesen, dann trat er zum Großen Kavalleriepark über, wurde schließlich dem Kommando der 2. Brigade des 1. Westfälischen Infanterie-Regiments und erwarb sich für seine Leistungen bei Le Mans das Eiserne Kreuz zweiter Klasse. Nach dem Feldzuge wurde er ins Infanterie-Regiment Nr. 16 versetzt, dessen Kommandeur er 1877 wurde. 1882 zum Obersten befördert, wurde er zum Führer der 28. Kavallerie-Brigade ernannt, welche er im Jahre 1885 mit der zweiten Garde-Kavallerie-Brigade verabschiedete. Im folgenden Jahre erhielt General v. d. Planitz das Kommando der damals noch bestehenden Kavallerie-Division des 15. Armeekorps, das er 1890 aber abgab, um als Generalleutnant die Garde-Kavallerie-Division zu übernehmen. 1896 wurde er zum Inspekteur der 2. Kavallerie-Inspektion ernannt und im Jahre 1898 zum General der Kavallerie befördert. Bis zum Jahre 1898 die Stellung eines Generalinspektors der Kavallerie war geschaffen war, wurde General v. d. Planitz auf diesen Posten berufen, den er neun Jahre hindurch, am 13. August 1905 inگذشت Generaloberst geworden, bis zum Januar 1907 im Ruhestand trat.

In seiner langen Dienstzeit wurden dem verdienten General viele Ehrungen zuteil. Nachdem er bereits im Jahre 1906 Ritter des Schwarzen Ordens geworden war, schenkte ihm der Kaiser im Jahre 1905 anlässlich seines 50jährigen Dienstjubiläums durch Verleihung des Verdienstordens der preussischen Krone aus. Mit der Armee stand der Verstorbenen auch nach seinem Austritt noch in Verbindung, indem er à la suite des Infanterie-Regiments Nr. 16, dessen Kommandeur er einst gewesen, geführt wurde. Auch mit dem Sport stand er in engen Beziehungen. So war er Ehrenmitglied des Union-Klubs und des Vereins für Hindernisrennen.

* **Das Kronprinzenpaar** nahm am Mittwoch, wie über Paris telegraphisch aus Caylon gemeldet wird, an einer Girschjagd bei Nymphaeum teil, die von zwei Speerleuten im Hirschpark von Wladlow benannt ist worden war. Es traf im Automobil vor dem Walde ein und verlegte sich dann zu Fuß in den Wald, wo eine große Meute auf den Hirsch losgelassen wurde. Nach fünfminütigem Treiben wurde die unter fortwährendem Regen abgehaltene Jagd erfolglos abgebrochen. Das Kronprinzenpaar unternahm sodann eine Spazierritt. — Am Freitag, 2. d. Mts., siedelt das Kronprinzenpaar nach Colombo über, am 10. d. Mts. findet eine Besichtigung der Fabriken des Königs-Freudenberg statt, abends ein Fest im Deutschen Klub. Am 11. d. Mts. ist Gabrielstrich im Curons See, wonach die Kronprinzessin mit dem Klobdrompler „Nikom“ nach Gronow und der Kronprinz auf der „Gneisenau“ nach Bomben abfährt.

* **Hamburg** sich des obersten Kolonialgerichtshofes? Die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft, die bekanntlich jetzt in Ebersfeld tagt, hat sich für Hamburg als Sitz des obersten Kolonialgerichtshofes ausgesprochen.

* **Der Prozess** gegen die englischen Offiziere Trend und Brandon vor dem Kriegsgericht findet nicht am 15., sondern am Freitag, dem 16. Dezember statt.

* **An der Reichswandlungs-Kommission** erklärt Staatssekretär Bismarck: Die Befürchtungen des Zentrumskreises, daß durch das Wandlungsgesetz eine große Anzahl von Pflanzern hervorgerufen würde, seien übertrieben. Am 27. Proz. der Veranlagungen in den Gemeinden zur Wertwandlungssteuer hätten zu Greiswäldern geführt. Nach einiger Zeit würden die Veranlagungen sich auch freundlicher gestalten. Auf die Wandlungsgesetzgebungen werde ganz besonderer Wert gelegt werden, namentlich in der Richtung, daß die Güter ausgleichend werden. Auf die von einem Mitgliede der Reichspartei geäußerten Zweifel, daß die Umwälzung, wenn die Wandlungsgesetze erst einmal fünf Jahre lang neben der Umwälzung erlassen werden sei, überhaupt noch aufzugeben sei, erklärte der Staatssekretär, von einer Möglichkeit, die volle Umwälzung zu unterbrechen, neben der Wandlungsteuer beizubehalten, könne keine Rede sein.

* **Eine Lücke** in der Reichsversicherungsordnung. Man schreibt uns: Im zweiten Buch der Vorläge, das sich mit der Krankenversicherung beschäftigt, ist eine Bestimmung vorgesehen, nach welcher bei den Krankenkassen die Stellen der Beamten und berufenen Angehörigen für gewisse die Dienstordnung gilt, durch übereinstimmende Beschlüsse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Vorstände befestigt werden sollen. Diese Bestimmung wolle eine Gewähr für die geschäftliche Befähigung und Zuverlässigkeit der Krankenkassen bieten und für die Zukunft verhindern, daß die Beamtenstellen der Krankenkassen zu Versorgungsstellen für sozialdemokratische Agitatoren gemacht werden. Diese einzige Bestimmung der Vorlage, die dem Arbeitgeber noch einen Einfluß in der Kaiserverwaltung sichern würde, ist von der Kommission beseitigt worden, obwohl bei den Beratungen der ungläubliche Mißbrauch, den die sozialdemokratische Partei mit diesen Beamtenstellen für ihre Zwecke bisher getrieben hat, durch Befestigung einer Reihe von Anstellungsverträgen in das richtige Licht gestellt wurde. Es kommt hinzu, daß die von der Vorlage geplante Fälligkeit der Beiträge und damit die gleichmäßige Verteilung der Verwaltungsaufgaben zwischen Arbeitgeber und Verfallenen ebenfalls abgelehnt ist und noch keine Aussicht auf Durchdringung mehr hat. Nicht ohne die Kommission in der zweiten Lesung bei ihren Beschlüssen stehen und beständig das Merum dieses, so werden in Zukunft die Krankenkassen wieder eine ausschließlich demokratische Domäne der Sozialdemokratie sein und die Aufgabe haben, ihren Agitatoren gesicherte Lebensstellungen zu schaffen. Daß die Regierung eine Verewigung dieses Zustandes durch die Reichsversicherungsordnung hindern wird, läßt sich jedoch nicht annehmen.

* **Zur Frage** der Schiffahrtsgesetze. Man schreibt uns: Die vom Reichstagler bei der Begründung der Vorlage ausgesprochene Hoffnung, daß es gelingen wird, auch mit den der Frage beteiligten fremden Staaten zu einer Verständigung zu gelangen, ist in der Presse teilweise als ein harter Optimismus aufgefaßt worden, weil besonders in Österreich ein unüberwindlicher Widerstand gegen das Prinzip der Schiffahrtsgesetze besteht. Hierbei wird aber übersehen, daß vor gar nicht so langer Zeit eine solche grundsätzliche Gegenwehr in Österreich ebenfalls nicht vorhanden war. Denn im Jahre 1896 ging Österreich als Mitglied der Gabelbündler, ein Schiffahrtsgesetz ab und auf der Ober-Österreich einzuführen. Zu diesem Zwecke wurden auch alle Arbeiter der preussischen Regierung in Bezug auf Tarife usw. von der österreichischen Regierung erbeten. Und es kam sogar im Jahre 1897 zu einem Staatsvertrag zwischen Österreich und der sächsischen Regierung, der die Einführung von Schiffahrtsgesetzen vorsah. Dieser Vertrag ist allerdings schließlich nicht zustande gekommen, weil Österreich zurücktrat. Die Abgabefrage hatte jedoch mit diesem Austritt nichts zu tun. Auch die Saltung einiger deutscher Bundesstaaten, wie Sachsen und Baden, in der ganzen Frage beweist, daß es sich dabei nicht um ein Prinzip handelt, so dem man einen unüberwindlichen Widerstand entgegenstellen könnte. Denn Sachsen wurde beifällig, nachdem es im Jahre 1900 zu Einführung von Schiffahrtsgesetzen selbst entschlossen war, in den darauffolgenden Jahren zu einem entscheidenden Gegner solcher Abgaben. Schließlich ist aber auch Sachsen — ebenso wie Baden — nach vorausgehender Verständigung mit Preußen der Vorlage im Bundesrat seine Zustimmung einbringen. Diese Tatsache beweist wohl, daß es sich bei den Schiffahrtsgesetzen um eine Frage handelt, die bei richtiger Lösung allen Interessen gerecht zu werden vermag.

Deutscher Reichstag.

91. Sitzung am 1. Dezember, 1 Uhr.
Am Bundesratsstisch: Delbrück.
Die erste Lesung der Vorlage gegen
Währungsänderung im Feingewerbe

wird fortgesetzt.
* **Abg. Meier-Kaufmann** (Ztr.): Die Einschränkung der alten und passiven Kurpfuscher beruht das Recht der Personlichkeit und das Recht auf den eigenen Leib. Deshalb besteht Mißstände liegen gewiß vor und es haben sich in letzter Zeit vermehrt. Aber vom Gesetz dürfen auch nur Mißstände getroffen werden. Mit einem Recht hat man gesagt: „Acht ist, wer heilt; Kurpfuscher, wer nicht heilt.“ Man unterscheidet auch nicht die Wirkung eines solchen Gesetzes auf die charakterlichen Bestimmungen, namentlich auf dem Lande. Die großen Anstalten Anstalts zu Wörz sind doch charakterlicher Natur. Güten wird uns also vor geschickter Kurpfuscher. Vielleicht genügen die bestehenden Gesetze und ihre scharfe Anwendung. Wenn nicht, ist die Ergänzung der letzten Gesetze besser als ein neues Gesetz.
* **Abg. Stauden** (Soz.): Es fehlt vorläufig jede statistische Unterlage, wieviel Kurpfuscher in den letzten Jahren bestraft und wieviele Verurteilung wegen Jg. Kurpfuscher angeklagt sind. Es fehlt auch eine Definition des Begriffs Kurpfuscher. Die Gesetzbereiter ist gewiss ein Auftrag, gegen den eingeschritten werden muß. Aber im übrigen muß der Mensch das Recht haben, sich heilen zu lassen, wie er will. Unter allen Umständen darf das Gesetz keinerlei Handbände gegen die Naturheilkundigen bieten. Die großen Kurpfuscher, die sich einen approbierten Arzt engagieren können, werden doch nicht getroffen. Der beste Ausweg ist der sozialdemokratische Programm: Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung. Voraussetzung dabei ist natürlich die Verstaatlichung des Heilwesens.
* **Abg. Dr. Strauß** (fortsch.): Es gibt bei uns keine so schlimme Krankheit wie das Kurpfuscher. Verewigung muß sich gegen

die Versicherung einlegen, als sie die große Ständeorganisation der Ärzte der deutschen Arbeiterschaft unfreundlich gegenüber. Die bestehenden Gesetze genügen jedenfalls nicht. Die Ärzte haben gegen das Kurpfuscherum manhaft gekämpft. Aber die Gesetzgebung muß ihnen dabei helfen. Der Name Naturheilkunde ist gewiss gefällig. Aber wo ist auch nur ein einziger mit Kopf oder Hand zu fassender Gegensatz zwischen Schulmedizin und Naturheilkunde? Wie das Gesetz auch ausfallen mag, die Auffassung des Volkes muß natürlich fortgesetzt werden. Vor mir liegt eine kleine Broschüre mit dem Titel: „Ist die Naturheilkunde?“ Sie empfiehlt eine bestimmte Größe Aueln und Kaffeebohnen und ist herausgegeben von Prof. Hübner, W. d. M. (Hört! hört!) Das ist ja ein schöner Zeit in der schmerzlichen Zeit der hohen Fleischpreise. Aber einem Reichstagsabgeordneten kommt eine solche Schrift nicht zu. (Sehr richtig!) Unter allen Umständen sind Fernbehandlungen und mystische Behandlung zu bekämpfen.

* **Abg. Dr. Stresemann** (natl.): Ich habe vielfach die Versicherung gefunden, als ob das Reichsgericht Sachsen ein Seid der Kurpfuscher sei. Dabei hat die Reichshauptstadt Berlin viel mehr nicht approbierte Krankenbesucher als das ganze Königreich Sachsen. Ein Mißtrauen gegen die Ärzte liegt dem Reichstagsrat. Aber der Verfasser der Vorlage hat keine Definition für jenen Mißbrauch von Wessigen gefunden, die man wirklich treffen wollte. Auch künftig muß jeder Kranke zu dem gehen können, zu dem er Vertrauen hat. Die Gefahren für die öffentliche Industrie durch diese Vorlage sind nicht so gering, wie es der Regierungsbereiter gern hinstellen wollte. Der § 11 auf dem Lande nicht durchzuführen. Er wird jedenfalls nichts dazu ändern, daß man auf dem Lande erst der praktischen Erfahrung vertraut und sich erst in späterer Ausgestaltung an einen Arzt wendet. In dem allgemeinen Gefühl kann ich der Vorlage nicht zustimmen. Entgegen muß ich der Anknüpfung treten, als werde in den Naturheilkundigen nur sexuelle Kräfte getrieben. An dem Ernst der Verewigung dieser Vereine ist nicht zu zweifeln.

* **Abg. Dr. Arning** (natl.): Dieser Beurteilung der Naturheilkunde kann ich nicht zustimmen. Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.
Es folgt die Verewigung der Interpellation über den Kampf gegen die

Reichstagskammer.

* **Abg. Dr. Jäger** (Ztr.) bezieht die Interpellation seiner Freunde. Die Behauptung der Winger ist so groß, daß ein Eingreifen des Staates mit Zug und Zwang verlangt werden kann.
* **Abg. Dr. Langemann** (natl.): Dem Winger muß gefolgt werden. Staatliche Maßnahmen sind unerlässlich. Ein Alibi-mittel gibt es so nicht. Die benötigten Mittel müssen zusammengefaßt werden. Aufhebung einzelner Zölle, Vereinfachung von Steuerbestimmungen, Förderung der deutschen Weinbauwirtschaft, ein Freiheitskredit für wirksame Gegenmittel durch das Reich, Beschaffung von Supercredit — kurz, alles, was Erfolg in Aussicht stellt, muß ernstlich versucht werden.

* **Zur Beantwortung** der Interpellation bemerkt Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Not und die Klagen der Winger sind den verbündeten Regierungen nicht entgangen. Die Befämpfung dieser Schäden kommt freilich in erster Linie dem Staat und den Gemeinden zu, und die Bundesstaaten entscheiden sich ihren Pflichten nicht. Die Bekämpfung des Weichens würde nur ergänzend eingreifen können. Der größte Feind der Weinberge ist heute der Gummierbaum. Eine Verewigung zu seiner Bekämpfung haben je einen befriedigenden Erfolg noch nicht gehabt. Kruppen hat einen Preis ausgesetzt, aber verteilt kommt er nicht werden. Zoologen und Chemiker haben sich ernstlich bemüht, und Preußen hat es an praktischen Versuchen nicht fehlen lassen. Jetzt hilft man je besonders auf die Winterbekämpfung. Darunter darf freilich die Sommerbekämpfung nicht außer Acht gelassen werden. Den Versuchen mit Zinklösung kommt das neue Zinkblechverfahren erst recht erfolgreich entgegen. Die von Bayern bei der Reichsregierung beantragte gemeinsame Befämpfung kommt jedenfalls erst dann in Betracht, wenn sich die Bundesstaaten über den gemeinsam zu beschreitenden Weg verständigt haben.

* **Abg. Düker** (Soz.): Was bisher von den Bundesstaaten geleistet wurde, war nur halbe Arbeit, da die Anwendung der einzelnen Maßnahmen jedem überlassen blieb. Aber für Kulturzwecke ist eben in Meid kein Geld da. Der Militarismus verewigt alles.

* **Preussischer Bundesratsbevollmächtigter Ritter v. Ströbenreuther:** Auch für die bayerische Regierung ist die Not der Winger ein Gegenstand erster Sorge. An theoretischen und praktischen Versuchen hat es bei uns nicht gefehlt. Soll ein Erfolg erzielt werden, so muß aber der gute Wille der Bevölkerung hinzutreten. Jetzt ist in der Höhe eine neue Verewigung ergegangen, und wir vertrauen, daß die politische Bewältigung gelassen hinter der Regierung steht. An finanzieller Beistufe wird es nicht fehlen.

* **Abg. Dr. Naumann** (fortsch.): Die Notlage der Winger ist ernst. Bei allen Annehmlichkeiten ist die Pflicht der Gemeinamkeit bei einzuschärfen. Die Sorgsamkeit des Selbstinteresses muß eingreifen.

* **Abg. Dr. Dahlem** (Ztr.): Bei der Armut vieler Winger ist die Hauptfrage, wie es gelingt, dem Weinbauer wieder Mut zu machen. Das ist nur durch finanzielle Unterstützung möglich. Das Haus bezieht sich auf Freitag 1 Uhr.
Schluß 6 Uhr.

Ausland.

* **Die österreichisch-ungarische Kauftrage.** Der Gesandtenrat über die Verlängerung des Privilegiums der österreichisch-ungarischen Bank sowie des Münz- und Abrechnungsbetrages ist den Abgeordnetenparlamenten in Wien und Budapest vorgelegt worden.
* **Denkschrift** des Bundespräsidium bis Ende 1917 bei den Kämpfern wird von der Erwägung ausgegangen, daß die

Österreichisch-ungarische Bank von der zügigen Entscheidung selbst ...

Junge ist Heide am Dienstag, den 27. d. d. abends, als die ...

Die Stürme an der Wolgamanüdung und auf dem kaspischen Meere ...

Das Besinden der Königin von Belgien. Der am Donnerstag ...

Die Griechen-Montenegriner-Bulgaren. Die „Frankfurter Zeitung“ ...

Die Spanier in Spanien. Der Präsident der spanischen Kammer ...

Die Waisenaufnahme wurde auch am Donnerstag fortgesetzt.

Namen im Post- und Telegraphendienst. Der neue Reichshaushaltsrat ...

Der Beginnabend auf Nobeletshof. Auch im Laufe des gestrigen ...

Die Waisenaufnahme wurde auch am Donnerstag fortgesetzt.

Namen im Post- und Telegraphendienst. Der neue Reichshaushaltsrat ...

Der Beginnabend auf Nobeletshof. Auch im Laufe des gestrigen ...

Die Waisenaufnahme wurde auch am Donnerstag fortgesetzt.

Namen im Post- und Telegraphendienst. Der neue Reichshaushaltsrat ...

Der Beginnabend auf Nobeletshof. Auch im Laufe des gestrigen ...

Die Waisenaufnahme wurde auch am Donnerstag fortgesetzt.

Namen im Post- und Telegraphendienst. Der neue Reichshaushaltsrat ...

Der Beginnabend auf Nobeletshof. Auch im Laufe des gestrigen ...

Provinz Sachsen und Umgebung. Getreide. 1. Des. (Buchdruck) Verlesung eines ...

Wimmelburg, 1. Des. (Ein Arbeiter in der Strohpresse ...

Schiffsbewegungen der Kaiserlichen Marine. Berlin, 1. Dezember. „Reis“ ist am 30. November ...

Jagd und Sport. Jägergebnisse. Eufisch bei Wittenberg: 411 Hasen ...

Letzte Telegramme. Der Prozeß gegen den Doktor Bod verfallen.

Die Bewegung unter den Ruhrbergarbeitern. Essen, 2. Dezember. Die Forderungen der Ruhrbergarbeiter ...

Die Erkrankungs- und Todesfälle nach Margarinengruß. Hamburg, 2. Dezember. Vier Personen, die nach dem Gruß ...

London, 2. Dezember. Hier errät die Beurteilung des Führers ...

Börsen- und Handelsteil. Vereingete St. Georgen- und Selbsthilfsbrüdervereine ...

Die Zahl der in der Provinz Sachsen im vergangenen Jahre ...

Die Zahl der in der Provinz Sachsen im vergangenen Jahre ...

Die Zahl der in der Provinz Sachsen im vergangenen Jahre ...

Die Zahl der in der Provinz Sachsen im vergangenen Jahre ...

Die Zahl der in der Provinz Sachsen im vergangenen Jahre ...

Die Zahl der in der Provinz Sachsen im vergangenen Jahre ...

Die Zahl der in der Provinz Sachsen im vergangenen Jahre ...

Die Zahl der in der Provinz Sachsen im vergangenen Jahre ...

Die Zahl der in der Provinz Sachsen im vergangenen Jahre ...

Die Zahl der in der Provinz Sachsen im vergangenen Jahre ...

Die Zahl der in der Provinz Sachsen im vergangenen Jahre ...

Die Zahl der in der Provinz Sachsen im vergangenen Jahre ...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn-nbn:de:gbv:3:1-171133730-1687216X191012022-14/fragment/page=0002

DFG

